

ler behauptet, tatsächlich in die Schweiz gebracht wurden, scheint zumindest denkbar. In Zürich sitzt die Briefkasten-Firma Imhico, die knapp sieben Prozent am Imhausen-Kapital hält. Die Imhico taucht auch als Absender auf einigen Unterlagen des Pharma-150-Projekts auf.

In der Schweiz wurde Anfang Januar ein polizeiliches Ermittlungsverfahren wegen möglicher Verletzung des Kriegsmaterial-Ausfuhrgesetzes eingeleitet. Die Fahnder beschlagnahmten bei IBI-Firmen Unterlagen. Doch die Schweizer wurden auf eigene Initiative tätig. Die deutschen Staatsanwälte haben kein formales Rechtshilfe-Ersuchen an ihre Kollegen in der Schweiz gestellt.

Daß Ermittlungen zügiger als in Offenburg anlaufen können, haben die Staatsanwälte in München bewiesen. Noch am Montag, dem 23. Januar, als der SPIEGEL über die deutsche Hilfe für Libyens Luftwaffe berichtete, wurden die Büroräume der involvierten Firma Intec in Neukeferloh und Vaterstetten durchsucht. Wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz läuft gegen Intec seit Mitte Januar ein Ermittlungsverfahren.

Ob die Zeit, die im Fall Imhausen verloren wurde, noch aufzuholen ist, bleibt fraglich. Die spektakuläre Durchsuchungsaktion der vergangenen Woche jedenfalls und der Zeuge Hess haben wenig gebracht. Die Ergebnisse reichen nach Ansicht der Staatsanwaltschaft bisher bei weitem nicht für einen hinreichenden Anfangsverdacht aus.

Ein neues Indiz, daß im Falle Imhausen nicht alles sauber lief, kam Ende vergangener Woche aus Hongkong. Die Firma Siemens entdeckte bei einer gründlichen Überprüfung des dortigen Projektes Pharma 150, daß nur eine von zwei gelieferten Steuerungsanlagen in Hongkong angekommen ist. Siemens will in dieser Woche über Konsequenzen entscheiden.

Daß im libyschen Rabita ein gefährlicher militärischer Komplex mit deutscher Hilfe entsteht, scheint Fahndern wie Politikern inzwischen zweifelsfrei. Und die Rolle der Imhausen-Chemie, die nur in Hongkong gebaut haben will, bleibt dubios.

Der Chemieverband suspendierte die Mitgliedsfirma aus Lahr vergangene Woche vorläufig, bis die Vorwürfe endgültig geklärt sind. Doch für eine Verurteilung der Firma und seiner Manager fehlt der Beweis, daß mit dem gelieferten Material tatsächlich eine Giftgasanlage gebaut wurde – und daß die Lieferanten dies wußten.

Deshalb sollen jetzt endlich Zeugen gesucht und vernommen werden, die tatsächlich in Libyen gearbeitet haben. Diese Aufgabe wird der Offenburger Staatsanwaltschaft jedoch erspart bleiben. Sie soll das Verfahren an die Schwerpunkts-Anwaltschaft für Wirtschaftsvergehen in Mannheim abgeben.

A-WAFFEN

Handliche Größe

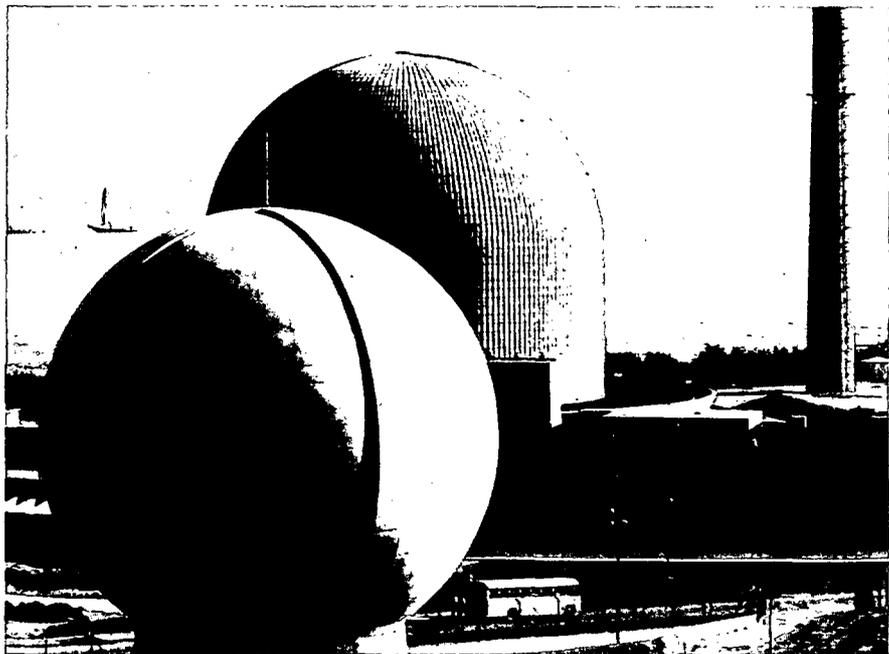
Bonner Behörden haben 1984 die Ausfuhr von Beryllium in das Atomwaffenland Indien genehmigt. Der Stoff wird beim Bombenbau verwendet.

Das Metall mit dem fremdartigen Namen ist silbrigweiß, ziemlich leicht und ungemein giftig.

Mit einer Zange schoben, an einem Dezembertag des Jahres 1938, die deutschen Physiker Otto Hahn und Fritz Straßmann den mit pulverisiertem Radium vermischten Stoff in ein Messinggestell und legten oben auf die Appara-

ryllium denn auch strikt genehmigungspflichtig. Trotzdem durfte, wie sich jetzt herausstellt, im Frühjahr 1984 die Hannoverer Firma Degussa 95 Kilogramm ausgerechnet in das Atomwaffenland Indien exportieren – Bonn hatte „keine Bedenken“.

Der Handel, genehmigt von den frei-demokratisch geführten Behörden des damaligen Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff und des Außenministers Hans-Dietrich Genscher, könnte Anlaß zu neuen Irritationen im deutsch-amerikanischen Verhältnis sein. Wie aus Antragsunterlagen, die dem SPIEGEL vorliegen, hervorgeht, stammte ein großer Teil des Materials aus den USA; die Degussa hat die heiße Ware als Zwischenhändler nach Indien weitergereicht.



Indisches Nuklear-Zentrum Trombay: Geheimbericht vom BND

tur ein Papiertütchen mit einem Uran-Präparat – der Versuch begann.

Das Experiment sollte die Welt verändern: Hahn und sein Mitarbeiter entdeckten die Kernspaltung, erster Schritt auf dem Weg zur Entwicklung der Atombombe, der schrecklichsten Waffe der Menschheitsgeschichte.

Das silbrigweiße Beryllium (chemisches Symbol: Be) ist Atomtechnikern noch immer, ein halbes Jahrhundert nach dem Hahn-Experiment, von Nutzen: Weil das Metall im Kontakt mit Alphastrahlern wie Uran und Plutonium Neutronen aussendet, reflektiert und multipliziert, lassen sich damit nukleare Kettenreaktionen anheizen – sowohl beim Starten von Atomreaktoren als auch bei der Zündung der A-Bombe.

Nach Ziffer 0112 der Bonner „Ausfuhrliste B“, die den Export von waffenfähiger Nuklear-Ware in Problemländer unterbinden soll, ist die Ausfuhr von Be-

Die Transaktion vollzog sich zu einem Zeitpunkt, an dem sich weltweit Gerüchte verdichteten, Indien sei dabei, nach seiner Atombombe auch noch eine eigene Wasserstoffbombe zu entwickeln. Die Lieferung ging an eine Adresse, die, so der westdeutsche Kernwaffenforscher Gerhard Locke, „sehr verdächtig“ ist: das Bhabha Atomic Research Centre (BARC) in Trombay nördlich von Bombay.

Das Zentrum rühmt sich gern seiner Nuklear-Entwicklungen auf medizinischem und landwirtschaftlichem Gebiet. Weniger auskunftsfreudig sind die Indier, wenn es um den militärischen Teil ihrer Forschungen geht.

Was die Atomreaktoren in Trombay an Plutonium – dem Stoff, aus dem die Bombe ist – erbrüten, ist den internationalen Safeguards-Kontrollen entzogen. Fest steht jedoch, daß das Material für Indiens erste Kernzündung 1974 aus Trombay stammte. Die derzeitige Pluto-

nium-Produktion dort schätzen US-Experten auf etwa 25 Kilogramm pro Jahr.

Merkwürdig: Bonner Ministerien wischten gleichwohl jeden „Verdacht einer mißbräuchlichen Verwendung des Berylliums im Nuklear-Bereich“ beiseite, als sie, am 15. März 1984, dem Degussa-Handel per Formblatt die Freigabe erteilten. Auch die Degussa, an der eine Tochterfirma des Waschmittel-Unternehmens Henkel sowie die Dresdner Bank Anteile halten, wollte, am Freitag letzter Woche, nichts Verwerfliches an dem Indien-Deal finden. Die Lieferung sei schließlich, so Firmensprecher Hans-Joachim Nimtz, „mit amtlicher Genehmigung erfolgt“.

Am 21. Oktober 1983 nahm das Bundesamt für Wirtschaft (BAW) den ersten von zwei Ausfuhranträgen des Hanauer Unternehmens entgegen. Nur vier Monate zuvor, im Juni 1983, hatte die Reagan-Regierung alle einschlägigen US-Lieferungen nach Indien gestoppt – Geheimdienste registrierten damals intensive Anstrengungen der Inder, einen zweiten Nuklear-Versuch zu starten, womöglich mit einer Wasserstoffbombe.

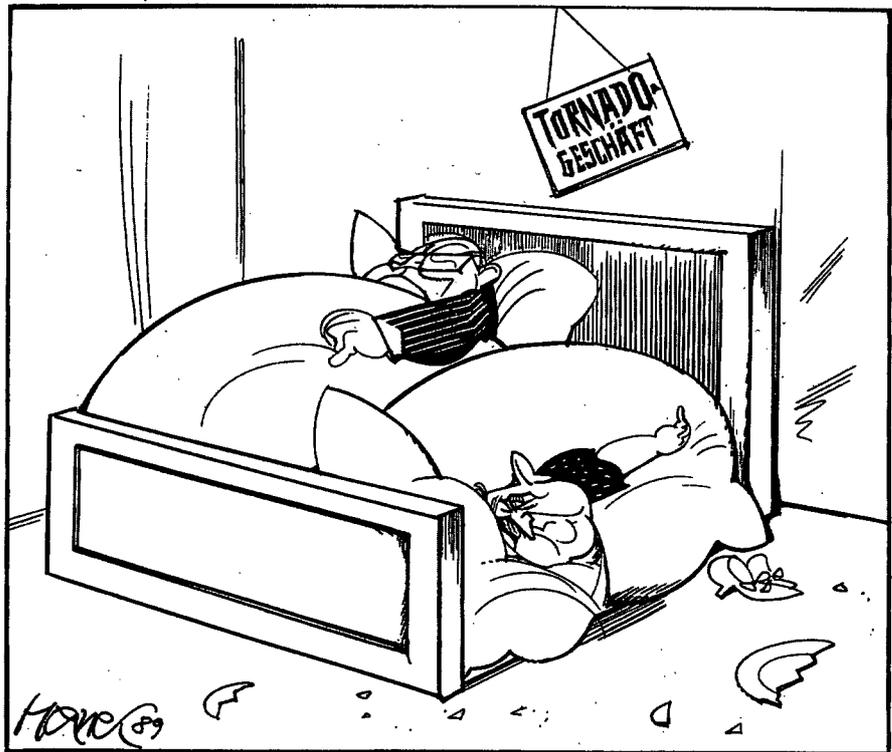
Ähnliche Meldungen verbreitete, fast zwei Jahre später, auch der Bundesnachrichtendienst (BND). Das „Kernforschungszentrum BARC in Trombay“, warnten die Pullacher in einem Geheimbericht vom Mai 1985, sei vom indischen Verteidigungsministerium angewiesen worden, „die Arbeiten zur Entwicklung einer Kernfusionswaffe (Wasserstoffbombe) weiterzuführen“.

In der Rubrik „Verwendungszweck“ hatte die Degussa in ihrem Ausfuhrantrag „Forschungs- und Entwicklungsarbeiten“ beim Schmelzen, Verdichten und Gießen von Beryllium angegeben, das häufig auch für Legierungen verwendet wird. Bestellt worden war Material von „hohem Reinheitsgrad“, mindestens 98 Prozent. Den Antragsunterlagen fügte die Degussa ein Telex des indischen Atomministeriums bei. Darin behauptete ein Regierungsvertreter schlankweg, in Indien gebe es „kein Programm zur Herstellung von Kernwaffen“.

Die damals geordnete Berylliummenge macht nach Expertenansicht Sinn: 95 Kilogramm – das sei „eine handliche Größe für an die 20 Bomben“, urteilt Waffenforscher Locke.

Beim Bau einer Wasserstoffbombe kann das Metall als Mantel um den radioaktiven Kern gelegt werden. Erwünschter Effekt: Die neutronenvermehrenden Eigenschaften des vergleichsweise billigen Berylliums verringern, so Locke, den Bedarf an kostbarem Plutonium „etwa um den Faktor zwei“.

Den Bonner Fachleuten kann diese Nutzungsmöglichkeit nicht verborgen geblieben sein: Davor, daß das Metall „als Neutronenreflektor zum Bau von Kernwaffen verwendet werden“ kann, hatten Experten aus dem Bundesforschungsministerium bereits ausdrücklich



Frankfurter Allgemeine Zeitung

gewarnt, als sie im Februar 1980 einen Ausfuhrantrag für 60 Kilo Beryllium-Nitrat nach Indien zu beurteilen hatten.

Lediglich deshalb, weil aus dem Nitrat, wie das BAW vorrechnete, „höchstens 2,637 kg“ reines Beryllium gewonnen werden können, wurde die Genehmigung seinerzeit erteilt.

Für den Bau von Bomben, so hatten die Fachleute aus dem Forschungsressort festgehalten, benötige Indien schon „Kilogramm-Mengen“. Die wurden, vier Jahre später, dann ja geliefert – nahezu zwei Zentner.

KOALITION

Nun reicht's

Kohl und Genscher stritten sich über den Export von „Tornados“ nach Jordanien. Die Hersteller verhandeln längst mit weiteren Staaten.

Die Sitzung des Kabinetts war fast zu Ende. Scheinbar ohne Arg wollte Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble (CDU) wissen, welcher Minister in der für den Freitag vergangener Woche angesetzten Parlamentsdebatte über den Verkauf von acht Tornado-Jagdbombern an Jordanien sprechen solle.

„Am besten machen Sie das“, beschied Kanzler Kohl seinen Hausmeister. Denn der für Rüstungsexporte zuständige Wirtschaftsminister Helmut Haussmann (FDP) sei schließlich damals noch nicht im Amt gewesen.

„Dann möchte ich aber klar wissen“, gab Schäuble zu bedenken, „daß ich

auch für die Bundesregierung spreche, wenn ich mitteile, daß wir keine Einwände gegen den Export hatten und auch keine gegen die Finanzierung durch das Bankenkonsortium.“ Die Bayerische Landesbank will, wie der SPIEGEL in der vergangenen Woche berichtete, mit zwei Münchner Geldinstituten den deutschen Anteil (370 Millionen Mark) an dem 1,6-Milliarden-Geschäft vorfinanzieren.

Doch da meldete sich FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher zu Wort: „So ist das nicht beschlossen worden.“

„Aber selbstverständlich“, blaffte der Kanzler zurück.

„Nein“, erwiderte Genscher in einer so gedämpften Tonlage, daß alle in der Kabinettsrunde merkten, wie gereizt er war.

Bonns Außenminister ist so unter Beschuß geraten, daß seine Nerven bloßliegen. Die Sozialdemokraten, bislang Verbündete des Entspannungsfreundes, halten ihm vor, in der libyschen Giftgasaffäre scheinheilig Verantwortung von sich zu schieben. In Washington entrüstete sich der rechte Senator Jesse Helms, Genscher habe über das anrühige Chemie-Geschäft Bescheid gewußt (siehe Kasten Seite 20). Kohl hat den Verdacht, Genscher wolle sich beim Tornado-Handel ebenso aus der Mithaftung stehlen wie in der Libyen-Affäre, bei den Airbus-Subventionen oder der Wehrpflicht-Verlängerung.

Genscher zog aus seiner Aktentasche das Sicherheitsratsprotokoll vom 29. Juni vergangenen Jahres; in geheimer Sitzung war damals beraten worden, ob der von der britischen Premierministerin